



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

13/20 Beantwortung des Postulats Andreas Roos und Mitunterzeichnende namens der CVP Fraktion vom 12. März 2020 betreffend Sofortmassnahmen Radstreifen Autobahnanschluss Emmen Nord / Rothenburgstrasse

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren

A. Wortlaut des Postulats

I. Ausgangslage

Schon seit mehreren Jahren bestehen politische Forderungen, um eine sichere Verkehrsführung (für Velo, Bus, Auto und LKW) auf der Rothenburgstrasse (Sprengi - Bösfeld) zu erstellen. Bereits im "Erschliessungs- und Verkehrsrichtplan 2007", welcher am 3. Juli vom Einwohnerrat erlassen wurde, ist zu lesen:

"Die Sicherheit und die Funktionalität des Autobahnanschlusses Emmen Nord ist im heutigen Zustand nicht gewährleistet. Die Verkehrsführung und -regelung ist Stau- und Unfallursache. Zu den Hauptverkehrszeiten wird der Bus besonders stark behindert. Für den Radverkehr bestehen keine separaten und sicheren Anlagen. Ein generelles Projekt zur Umgestaltung des Anschlusses wurde von den Ingenieuren WSB im Auftrag des Kantons im Jahr 2000 erarbeitet."

Letztmals hat die CVP im Postulat 43/17 "Provisorium der Autobahnbrücke", welches im Einwohnerrat am 22. August 2018 behandelt wurde, auf die gefährliche Situation hingewiesen.

"Noch gefährlicher ist die Situation für die Velofahrerinnen und Velofahrer, die von der Sprengi Richtung Rothenburg fahren. Sie müssen auf der linken (engen) Fahrspur ohne Velostreifen fahren und werden links und rechts von Fahrzeugen überholt. Es ist nur eine Frage der Zeit bis dort einmal ein Unfall passiert."

Die Problematik wurde auch im Agglomerationsprogramm Luzern der Generation 3 eingebracht. Wir wurden immer wieder getröstet, dass mit der Sanierung der Autobahnbrücke Emmen-Nord für den Langsamverkehr eine Lösung erarbeitet wird. Zurzeit wird aber eine solche Lösung erst im Zusammenhang mit der Eröffnung (von zumindest drei Vierteln) des Autobahnanschlusses Emmen-Nord umgesetzt.

Gemäss unseren Informationen können wir heute davon ausgehen, dass der Baustart frühestens in sechs Jahren erfolgen wird. Dieser Zeitplan berücksichtigt aber keine Einsparungen, welche bei einem solch einschneidenden Projekt sicherlich zu erwarten sind. Somit müssen wir bis zur Fertigstellung von mindestens 8 bis 10 Jahren ausgehen. Ein solches Zuwarten ist nicht zumutbar. Die Belastung des Langsamverkehrs muss endlich ernst genommen werden.

II. Forderungen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, mit dem VIF umgehend Sofortmassnahmen für eine sichere Verkehrsführung für den Langsamverkehr umzusetzen.

III. Begründung

Allen Radfahrern, welche mit dem Velo auf der Rothenburgstrasse verkehren, ist der Platzmangel, insbesondere auf der Autobahnbrücke, sehr bewusst. Selbst Schüler aus dem Gebiet Kapf / Bösfeld / Hübeli, welche den Schulunterricht im Schulhaus Erlen besuchen, müssen diese öffentliche Verkehrsführung benutzen. Ebenso sind Primarschüler betroffen, welche im Gebiet Sprengihöhe wohnen und die Schule im Hübeli besuchen.

Ein Spurwechsel vom Bösfeld in Richtung Sprengi wird für die Radfahrer zu einer gefährlichen Herausforderung. Das Befahren von der Sprengi in Richtung Bösfeld wird infolge Platzmangels zur Zitterpartie. Ich möchte gar nicht auf die Unfälle eingehen, die sich bis heute auf dieser Strasse ereignet haben. Zudem sind diverse erfolgte Streifungen zwischen Radfahrern mit Bus, LKW oder Auto gar nicht registriert (Dunkelziffer). Wir akzeptieren auch keine Begründungen mehr, wie beispielsweise, dass ein Radstreifen infolge Sockel für die Ampel auf dem Trottoir nicht umgesetzt werden könne. Es darf nicht sein, dass erst bei einem Unfall mit tödlichen Folgen bauliche Sofortmassnahmen ergriffen werden.

Die heutige Situation, bei der sich Velofahrer trotz Verbot auf das Trottoir begeben, um den Verkehr auf der Rothenburgstrasse nicht zu verlangsamen oder um sich selber zu schützen, ist keine akzeptierbare Lösung. Daraus entsteht ein neues Sicherheitsrisiko, da sich Fussgänger und Velofahrer ins Gehege kommen.

Wenn man bedenkt, dass der "Bundesbeschluss Velo" am 23. September 2018 vom Volk klar und eindeutig mit 73.6 % angenommen wurde, ist eine Forderung wie die "Sofortmassnahme für den Langsamverkehr" schon fast peinlich. Dieses Resultat zeigt, dass der Bund, der Kanton und die Gemeinden gefordert sind, die Velowege prioritär zu unterstützen und dass ein Vertrösten der Bevölkerung nicht gefragt ist. Die Bevölkerung will ein Miteinander von Bus, LKW, Auto, Veloverkehr und Fussgänger.

Die Sicherheit des Langsamverkehrs darf nicht wegen dem in Planung stehenden Bauprojekt hinausgezögert werden. Die Sicherheit hat oberste Priorität und Sofortmassnahmen müssen jetzt dringend getroffen werden. Nicht erst in 10 Jahren oder nach einem tragischen Unfall.

B. Stellungnahme des Gemeinderates

1. Einleitung

Im Gebiet des Autobahnanschlusses Emmen Nord werden aktuell zwei Projekte mit unterschiedlicher Zielsetzung geplant. Zum einen ist das Projekt des Bundes (astra) «Wiedereröffnung Anschluss Emmen Nord» zu nennen, welches den heutigen Halbanschluss in einen 7/8-Anschluss umwandeln soll und zum andern das Projekt des Kantons Luzern auf den Kantonsstrassen K13/K15 mit dem Auftrag, den öffentlichen Verkehr zu bevorzugen und Massnahmen für den Fahrradverkehr zu realisieren. Beide Projekte stehen in enger Abhängigkeit, was die einheitliche Gestaltung der Verkehrsmassnahmen und die koordinierte Umsetzung betrifft.

Die Gemeinde Emmen ist in die Projekte gut einbezogen, wobei die Direktion Bau und Umwelt die Interessen der Gemeinde in den entsprechenden Gremien und Projektgruppen vertritt. Nach heutigem Kenntnisstand kann bei beiden Projekten mit einer Realisierung nicht vor 2027 gerechnet werden.

2. Zur Forderung der Postulanten

Der Gemeinderat kann den Unmut der Postulanten nachvollziehen. Die Fahrt über diesen starkbefahrenen Knoten mit der derzeitigen Verkehrsführung ist für alle Radfahrenden eine grosse Herausforderung. Infolge fehlender Markierungen und Separation der Fahrspuren ist es fraglich, ob die notwendige Sicherheit gewährleistet werden kann. Der Gemeinderat setzte sich wiederholt für die Erhöhung der Sicherheit für die Radfahrenden auf der Brücke Autobahnanschluss Emmen Nord ein. In allen Besprechungen weist er auf die schwierigen Zustände für die Radfahrenden hin. Letztmals tat er dies am 14. November 2019 im Rahmen der Vernehmlassung zum generellen Projekt für die Wiedereröffnung des Autobahnanschlusses Emmen Nord.

In dieser Vernehmlassung wurde auch die Frage gestellt, ob die Ausfahrt Emmen Nord von Basel her bereits nach der Genehmigung des generellen Projekts durch den Bundesrat als vorgezogene Massnahme umgesetzt werden soll. Der Gemeinderat verknüpft die Beantwortung dieser Frage an zwei Forderungen. Erstens soll die Ausfahrt über eine Steuerung so dosiert werden, dass die Kapazität des untergeordneten lokalen Strassennetzes erhalten bleibt und keine zusätzlichen Stausituationen auf der Kantonsstrasse entstehen. Zweitens müssen gleichzeitig flankierende Massnahmen (z.B. Aufwertung der Verkehrsführung der Radfahrenden) umgesetzt werden. Aufgrund der negativen Auswirkungen auf das lokale Strassennetz sowie der Sicherheit für die Radfahrenden lehnt die Gemeinde Emmen die vorzeitige Öffnung ohne Dosierung und flankierende Massnahmen ab.

Der Gemeinderat wird umgehend das vif (Dienststelle Verkehr und Infrastruktur Kanton Luzern) kontaktieren und Sofortmassnahmen für eine sicherere Verkehrsführung für die Radfahrenden diskutieren und diese einfordern.

3. Kosten

Das Postulat verursacht keine direkten Kosten.

4. Schlussfolgerung

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Emmenbrücke, 8. April 2020

Für den Gemeinderat

Ramona Gut-Rogger
Gemeindepräsidentin

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber